

FACHBUCHREIHE
für wirtschaftliche Bildung

Fachkompetenz Wirtschaft

Gesamtwirtschaft

Kaufmännisches Berufskolleg II

2. Auflage

von
Theo Feist und Viktor Lüpertz

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsselberger Straße 23
42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 76724



Verfasser:






Theo Feist
Viktor Lüpertz

Prof., Dipl.-Kfm.
Prof. Dr., Dipl.-Volksw.

Lektorat:

Viktor Lüpertz

Verwendete Symbole:

	Querverweis am Seitenrand der Sachdarstellung auf vorausgehende oder nachfolgende Kapitel, in denen sich weitere Informationen zum entsprechenden Sachverhalt befinden.
	Verweis am Seitenrand der Sachdarstellung auf die Nummer einer thematisch zugehörigen Aufgabe am Ende des jeweiligen Kapitels
	Hinweis am Seitenrand auf gesetzliche Grundlagen. Alle angeführten Paragraphen sind in der Textsammlung „Wirtschaftsgesetze“, Verlag Europa Lehrmittel (Best. Nr. 94810) enthalten.
	Hinweis an Seitenrand bei einzelnen Aufgaben. Für diese Aufgaben enthält die Begleit-CD zum Lehrerhandbuch Dateien mit Kopiervorlagen für Arbeitsblätter zur Aufgabenlösung.
	Hinweis am Seitenrand bei einzelnen Aufgaben. Für die Lösung dieser Aufgaben ist eine Internetrecherche nötig.

Stand der Gesetzgebung: 01. April 2018

Falls für dieses Buch **Aktualisierungen** oder **Korrekturen** nötig werden sollten, finden Sie diese unter dem Auswahlpunkt **Aktualisierungen/Korrekturen** auf <http://www.europa-lehrmittel.de/76724>.

2. Auflage 2018

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert.

ISBN 978-3-8085-2606-4

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2018 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten
<http://www.europa-lehrmittel.de>

Gestaltung, Umschlag und Satz: Punkt für Punkt GmbH · Mediendesign, 40549 Düsseldorf
Umschlagfoto © Artens – Shutterstock.com
Umschlagkonzept: tiff.any GmbH, 10999 Berlin
Druck: M. P. Media-Print Informationstechnologie GmbH, 33100 Paderborn

Vorwort zur 2. Auflage

Inhalt

Das vorliegende Lehr- und Aufgabenbuch – Fachkompetenz Wirtschaft – Gesamtwirtschaft ist speziell auf die Lerninhalte im Kaufmännischen Berufskolleg II in Baden-Württemberg ausgerichtet. Es bildet den Bildungsplan Gesamtwirtschaft (verpflichtend ab dem Schuljahr 2018/2019) ab und enthält alle verpflichtenden und fakultativen Bildungsplaninhalte. Die fakultativen Teile sind entsprechend gekennzeichnet.

Gliederung des Buches

Die acht Abschnitte des Buches sind wie folgt gegliedert:

■ **Kompetenzerwartungen und Gliederung**

Am Beginn eines jeden Abschnitts findet sich eine Übersicht, aus der hervorgeht, in welchen Kapiteln die im Lehrplan formulierten Kompetenzerwartungen behandelt werden.

■ **Sachdarstellung**

Die Sachdarstellung wird durch zahlreiche Grafiken, Schaubilder, Übersichten und Tabellen ergänzt und veranschaulicht. Wichtige Definitionen und Merksätze sind fett gedruckt und farbig unterlegt. Die im Bildungsplan fakultativ zu unterrichtenden Inhalte sind im Text mit einem Balken kenntlich gemacht.

■ **Zusammenfassende Übersichten**

Die Übersichten am Kapitelende dienen der Veranschaulichung der Strukturzusammenhänge und können am Anfang, während und am Ende der Unterrichtseinheit eingesetzt werden. Alle diese Übersichten sind auch im PDF-Format auf der Lehrer-CD enthalten (siehe unten).

■ **Kontrolle des Grundwissens**

Zu jedem Kapitel gehört ein umfangreicher Aufgaben- und Fragenkatalog zur Kontrolle des Grundwissens. Die Beantwortung der Fragen und Aufgaben ergibt sich unmittelbar aus der jeweils vorangehenden Sachdarstellung.

■ **Aufgaben zum Erwerb und zur Kontrolle von Kompetenzen**

Die zahlreichen realitätsbezogenen Problemstellungen decken unterschiedliche Schwierigkeitsgrade und Anforderungsbereiche ab. Neben der Anwendung und Erschließung von thematischem Wissen ermöglichen sie auch die Einübung unterschiedlicher Arbeitstechniken und Lösungsverfahren sowie die Förderung von Sozial- und Methodenkompetenz.

Lehrer-CD

Ergänzend zu diesem Lehr- und Arbeitsbuch liegt eine Lehrer-CD (Europa-Nr. 76731) mit ausführlichen Lösungen zu den Aufgaben, Kopiervorlagen für Arbeitsblätter zur Aufgabenlösung und zusammenfassenden Übersichten zu den Kapiteln des Buches vor.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	3
Wirtschaftliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland	
1 Notwendigkeit und Möglichkeiten zur Koordination menschlichen Handelns im Wirtschaftsprozess	7
1.1 Geld- und Güterkreislauf zwischen den Wirtschaftssektoren Unternehmen und Haushalte	7
<i>Zusammenfassende Übersicht und Wiederholung des Grundwissens</i>	9
1.2 Wirtschaftsordnung: Koordination wirtschaftlichen Handelns	10
1.2.1 Grundelemente von Wirtschaftsordnungen	10
1.2.2 Grundlagen einer freien Marktwirtschaft	12
1.2.3 Funktionsweise einer Marktwirtschaft: Preisfunktionen	13
1.2.4 Ordnungsrahmen einer freien Marktwirtschaft	16
1.3 Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland: Soziale Marktwirtschaft	18
1.3.1 Abweichungen zwischen Modell und Realität marktwirtschaftlicher Ordnung	18
1.3.2 Ordnungspolitisches Leitbild	21
1.3.3 Ordnungsmerkmale der sozialen Marktwirtschaft	22
<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	25
2 Unterschiede zwischen verschiedenen Arten von Märkten	32
2.1 Arten von Märkten	32
2.2 Ausgleich von Angebot und Nachfrage: Marktpreisbildung am Beispiel der Börse	33
2.3 Verhalten eines Angebotsmonopolisten	37
2.3.1 Besonderheiten des Angebotsmonopols	37
2.3.2 Gewinnmaximum des Angebotsmonopolisten	38
2.4 Verhaltensweisen der Anbieter beim Oligopol	41
<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	43
3 Kooperation und Konzentration von Unternehmen – Wettbewerbspolitik des Staates	48
3.1 Überblick	48
3.2 Kooperation in Form von Kartellen	49
3.3 Formen der Konzentration und ihre Auswirkungen	49
3.3.1 Konzern	49
3.3.2 Fusion	52
3.3.3 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Konzentration	53
3.4 Ziele und Maßnahmen staatlicher Wettbewerbspolitik	53
3.4.1 Wettbewerbssicherung als staatliche Aufgabe	53
3.4.2 Wettbewerbspolitik	54
<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	57
4 Ziele, Bereiche und Träger der Wirtschaftspolitik	61
4.1 Ziele der Wirtschaftspolitik	61
4.2 Beziehungen zwischen wirtschaftspolitischen Zielen	64
4.3 Bereiche und Träger der Wirtschaftspolitik	67
<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	69

	5	Wirtschaftswachstum und Konjunkturverlauf	71
fakultativ	5.1	Bruttoinlandsprodukt: Maßstab gesamtwirtschaftlicher Entwicklung	71
	5.2	Konjunkturelle Schwankungen	72
	5.2.1	Konjunkturzyklus	72
	5.2.2	Konjunkturindikatoren	74
		<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	75
	6	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	79
	6.1	Ausmaß und Struktur der Arbeitslosigkeit	79
	6.2	Ursachen und Formen der Arbeitslosigkeit	81
		<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	82
fakultativ	7	Binnenwert des Geldes	84
	7.1	Kaufkraft und Preisniveau	84
	7.2	Messung des Preisniveaus: Verbraucherpreisindex	85
	7.3	Realeinkommen	91
	7.4	Lohn-Preis-Spirale/Preis-Lohn-Spirale	93
	7.5	Aufgaben und Aufbau des Europäischen Systems der Zentralbanken	94
		<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	96
	8	Wirtschaftspolitik in Deutschland und ihre Folgen	99
	8.1	Angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik im Überblick	99
	8.2	Ergebnisse der Wachstums- und Konjunkturpolitik in Deutschland	101
	8.3	Aktuelle Problemfelder der sozialen Marktwirtschaft	105
	8.3.1	Ausmaß von Transferzahlungen und Subventionen	105
	8.3.2	Weitere Problemfelder	107
		<i>Zusammenfassende Übersicht, Wiederholung des Grundwissens und Aufgaben</i>	110
		Sachwortverzeichnis	113

Wirtschaftliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

1 Notwendigkeit und Möglichkeiten zur Koordination menschlichen Handelns im Wirtschaftsprozess

Kompetenzerwartungen und Gliederung

Kompetenzerwartungen des Lehrplans	Gliederung des Kapitels
<i>Die Notwendigkeit erkennen, dass arbeitsteiliges wirtschaftliches Handeln einer Wirtschaftsordnung bedarf.</i>	1.1 Geld- und Güterkreislauf zwischen den Wirtschaftssektoren Unternehmen und Haushalte 1.2 Wirtschaftsordnung: Koordination wirtschaftlichen Handelns
<i>Die idealtypischen Wirtschaftsordnungen darstellen.</i>	1.2.1 Grundelemente von Wirtschaftsordnungen 1.2.2 Grundlagen einer freien Marktwirtschaft 1.2.3 Funktionsweise einer freien Marktwirtschaft 1.2.4 Ordnungsrahmen einer freien Marktwirtschaft
<i>Den Grundgedanken und die Ordnungsmerkmale der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland beschreiben. Den Einfluss der sozialen Marktwirtschaft auf einzelbetriebliches und privates Handeln übertragen.</i>	1.3 Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland: Soziale Marktwirtschaft 1.3.1 Abweichungen zwischen Modell und Realität marktwirtschaftlicher Ordnung 1.3.2 Ordnungspolitisches Leitbild 1.3.3 Ordnungsmerkmale der sozialen Marktwirtschaft

1.1 Geld- und Güterkreislauf zwischen den Wirtschaftssektoren Unternehmen und Haushalte

Um die verwirrenden Verflechtungen im Wirtschaftsprozess einer Volkswirtschaft überschaubarer zu machen, werden für volkswirtschaftliche Modellanalysen und für statistische Zwecke Wirtschaftseinheiten mit gleichartigen Aktivitäten zu **Sektoren** zusammengefasst (**Aggregation**). Dabei wird üblicherweise zwischen den **Sektoren Unternehmen, Haushalte, Staat und Ausland** unterschieden. Aus Vereinfachungsgründen werden zunächst nur die Kreislaufbeziehungen zwischen den beiden Sektoren **Unternehmen** und **Haushalte** betrachtet. Es handelt sich dabei um die einfachste Form des **Wirtschaftskreislaufs**.

In einer arbeitsteiligen Geldwirtschaft beziehen die **Unternehmen Vorleistungen** (Waren und Dienstleistungen) von anderen Unternehmen. Außerdem nehmen sie die von den privaten **Haushalten** zur Verfügung gestellten **Produktionsfaktoren** (insbesondere den Faktor Arbeit, aber auch Boden und Kapital) in Anspruch.

Durch die Zusammenfassung zu Sektoren werden die Ströme **innerhalb** eines Sektors (z. B. Kauf von Investitionsgütern und Vorleistungen innerhalb des Sektors Unternehmen) nicht mehr sichtbar. Es werden nur noch die Ströme **zwischen** den Sektoren berücksichtigt.

! **Zum Sektor Unternehmen gehören alle Wirtschaftseinheiten, die Güter produzieren und gegen Entgelt verkaufen.**

Um die Bedeutung der von den Inhabern der Produktionsfaktoren erzielten Einkommen besser analysieren zu können, wird angenommen, dass die Unternehmen nicht die Eigentümer der Produktionsmittel sind. Vielmehr werden ihnen von den Haushalten, die sich in Arbeitnehmer- und Unternehmerhaushalte gliedern lassen, neben der Arbeitsleistung auch die Produktionsfaktoren Boden und Kapital zur Verfügung gestellt.

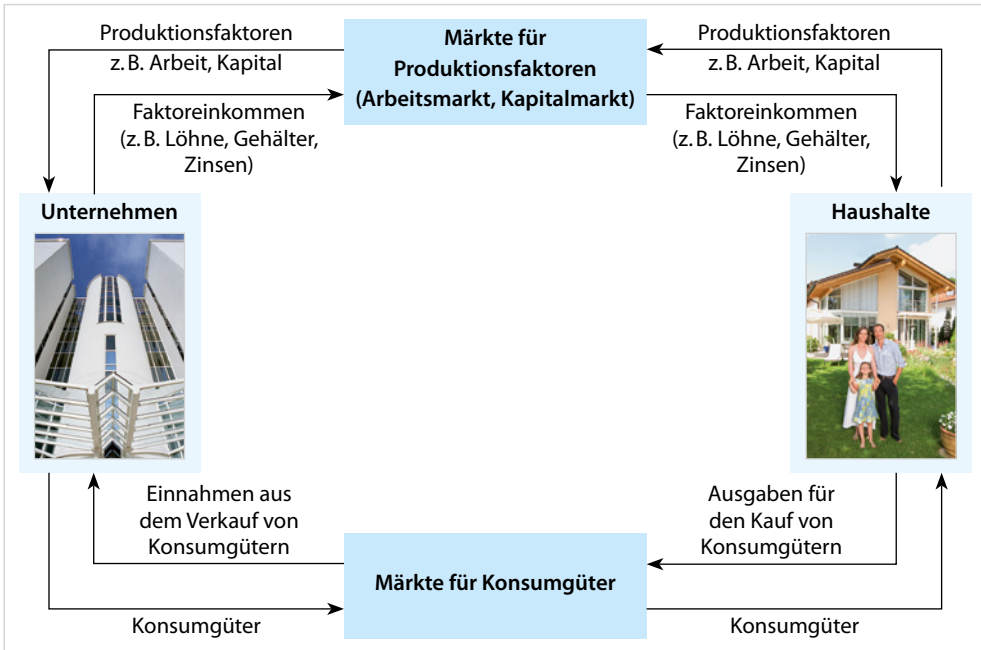
! **Zum Sektor Haushalte gehören alle Wirtschaftseinheiten, die Anbieter von Produktionsfaktoren und Nachfrager von Konsumgütern sind.**

Die Zusammenhänge zwischen diesen beiden Sektoren lassen sich wie folgt darstellen:

- Die **privaten Haushalte** stellen den Unternehmen Arbeitskraft zur Verfügung. Möglicherweise überlassen sie ihnen auch Boden und Kapital. **Arbeit, Boden und Kapital** sind zur Herstellung von Gütern notwendig und werden daher als Produktionsfaktoren bezeichnet. Produktionsfaktoren werden auf **Faktormärkten** (z. B. Arbeitsmarkt) angeboten und nachgefragt.
- Die **Unternehmen erzeugen Güter**, indem sie die Produktionsfaktoren im **Produktionsprozess** einsetzen. Im Rahmen dieses Produktionsprozesses entsteht die **Wertschöpfung** eines Unternehmens. Damit wird der Wert bezeichnet, den ein Unternehmen im Produktionsprozess den von anderen Unternehmen bezogenen Vorleistungen hinzufügt. Die **Summe aller Güter**, die in einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Zeiteinheit (z. B. innerhalb eines Jahres) erzeugt werden (= **Summe der Wertschöpfung aller Produzenten**), wird als **Inlandsprodukt** bezeichnet.
- Die privaten Haushalte erhalten von den Unternehmen für die geleistete Arbeit und die Zurverfügungstellung der anderen Produktionsfaktoren **Einkommen** in Form von Gehältern, Löhnen, Pacht, Gewinnen und Zinsen. Dieses Entgelt für die zur Verfügung gestellten Produktionsfaktoren wird als **Faktoreinkommen** bezeichnet. Die **Summe aller Faktoreinkommen**, die den Haushalten einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Zeiteinheit (z. B. innerhalb eines Jahres) zufließen, wird als **Volkseinkommen** bezeichnet.
- Die privaten Haushalte verwenden das erhaltene Faktoreinkommen größtenteils für **Konsumausgaben**, indem sie von den Unternehmen **Konsumgüter** kaufen. Der Markt, auf dem Konsumgüter angeboten und nachgefragt werden, wird als **Konsumgütermarkt** bezeichnet.
- Die Unternehmen erzielen Einnahmen aus dem Verkauf der **Konsumgüter** (= **Verkaufserlöse**).

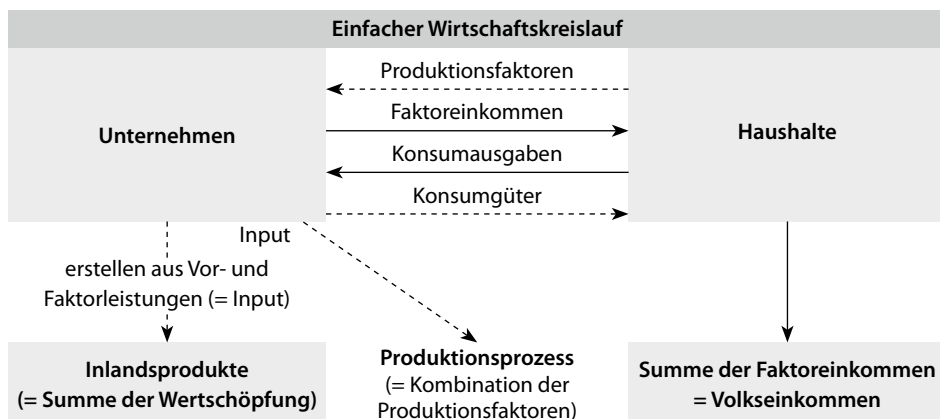
Der **einfache Wirtschaftskreislauf** ist durch zwei Güterströme (Leistungen der Produktionsfaktoren und Konsumgüter) und zwei den Güterströmen entgegen fließende Geldströme (Faktoreinkommen und Konsumausgaben) gekennzeichnet. Es wird der Einfachheit

halber zunächst angenommen, dass die privaten Haushalte ihr gesamtes Faktoreinkommen für den Kauf von Konsumgütern ausgeben und keine Ersparnisse bilden. Die Güterströme und die ihnen entgegen fließenden Geldströme sind im vorliegenden Fall wertmäßig gleich groß. Daher kann zur Vereinfachung auf die Darstellung eines der beiden Ströme verzichtet werden. Üblicherweise wird im Rahmen der Analyse des Wirtschaftskreislaufs nur der Geldstrom betrachtet.



Der einfache Wirtschaftskreislauf ist eine modellhafte Darstellung der zusammengefassten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Sektoren Unternehmen und Haushalte einer Volkswirtschaft.

Zusammenfassende Übersicht zu 1.1: Unternehmen im Wirtschaftskreislauf



WIEDERHOLUNG DES GRUNDWISSENS

1.1 Geld- und Güterkreislauf zwischen den Wirtschaftssektoren Unternehmen und Haushalte

1. Welche Beziehungen bestehen zwischen den Wirtschaftssektoren Unternehmen und Haushalte?
2. Erläutern Sie die Begriffe Wertschöpfung und Inlandsprodukt. Welcher Zusammenhang besteht zwischen diesen beiden Größen?
3. Erläutern Sie den Begriff Faktoreinkommen. Welche Arten von Faktoreinkommen lassen sich unterscheiden?
4. Was ist unter dem Volkseinkommen zu verstehen?
5. Welche Ströme lassen sich im Modell eines einfachen Wirtschaftskreislaufs unterscheiden?

1.2 Wirtschaftsordnung: Koordination wirtschaftlichen Handelns

1.2.1 Grundelemente von Wirtschaftsordnungen

Begriff der Wirtschaftsordnung

In einer arbeitsteiligen Wirtschaft müssen die Regeln für das Zusammenwirken der Wirtschaftssubjekte dauerhaft vereinbart werden. Nur so können die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen und Haushalten wie sie durch den einfachen Wirtschaftskreislauf abgebildet werden aufeinander abgestimmt und die



Grundfragen jeder Volkswirtschaft: Was, wie und für wen wird produziert?

erfolgreich gelöst werden. Es gehört zu den Aufgaben **staatlicher Wirtschaftspolitik**, ein solches Regelsystem, das aus Grundsätzen, Vereinbarungen und Vorschriften für wirtschaftliches Handeln besteht, festzulegen.

Warum benötigen wir eine Wirtschaftsordnung?

In Deutschland leben rund 80 Mio. Menschen in ca. 39 Mio. Haushalten. Sie wollen essen, trinken, benötigen Kleidung, der eine will eine Jeans, ... Frau Meyer möchte Kinderkleidung, ... Herr Wenger kauft sich eine CD, ... Jenny kauft eine Zeitschrift, um endlich die Reportage über ihre Lieblingsgruppe zu lesen. Eine Unternehmerin besucht eine Messe, um sich dort über die neueste technische Ausstattung für ihren Druckereibetrieb zu informieren. Morgens gehen wir zum Bäcker, um Brötchen, Milch und Brot zu holen. Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Hunderttausende unterschiedlicher Produkte und Dienstleistungen werden von den 80 Millionen Menschen benötigt. Zählt man die vielen Rohstoffe und Betriebsstoffe hinzu, die Unternehmer für ihre Produktion benötigen, sind es noch wesentlich mehr. Diese werden in den zahlreichen Betrieben hergestellt. Allein in Deutschland sind ca. 3 Mio. steuerpflichtige Unternehmen registriert. Es herrscht Arbeitsteilung: Wer etwas haben will, muss tauschen, z. B. Arbeitskraft gegen Einkommen, Werkzeugmaschinen oder Brötchen gegen Geld. Woher aber weiß z. B. ein Bäcker, wie viele Leute seine Brötchen kaufen wollen, woher ein Müller, dass der Bäcker ihm Mehl von einer bestimmten Qualität abkaufen wird? Güter müssen produziert, verkauft, transportiert und immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu Verfügung stehen, damit Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen oder Unternehmen z. B. die benötigten Maschinen kaufen können. Wie ärgerlich jemand sein kann, der das, was er benötigt, nicht findet und darauf warten muss, weiß jeder aus eigener Erfahrung.

In Anlehnung an: Institut für Ökonomisches Bildung Oldenburg, Unterrichtseinheit „Wirtschaftsordnung“, S. 31



Die Wirtschaftsordnung ist die Gesamtheit aller Rahmenbedingungen (z. B. geschriebene und ungeschriebene Regeln, öffentliche und private Einrichtungen zur Ordnung des Wirtschaftsgeschehens) innerhalb derer die Wirtschaftsbeziehungen und wirtschaftlichen Veränderungen in einer Volkswirtschaft ablaufen

Gesellschaftspolitisches Leitbild

Die **Wirtschaftsordnung** ist neben der Rechts- und Sozialordnung das wichtigste Element der Gesellschaftsordnung, die alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens umfasst. Das in der jeweiligen **Gesellschaftsordnung** vorherrschende **gesellschaftspolitische Leitbild** hat entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftsordnung. Als zwei extrem unterschiedliche Auffassungen vom Wesen des Menschen stehen sich dabei **Individualismus**¹ und **Kollektivismus**² gegenüber.

Der Individualismus sieht den Menschen als Ausgangs- und Mittelpunkt allen gesellschaftlichen Lebens. Sein oberstes Ideal ist die freie Entfaltung aller Anlagen, Kräfte und Interessen des Einzelnen. Diesem Menschenbild entspricht als Staats- und Gesellschaftsauffassung der **Liberalismus**³. Der Kollektivismus sieht dagegen den Einzelnen vor allem und zuerst als ein der **Gemeinschaft** (Kollektiv) untergeordnetes und dienendes Wesen. Das beinhaltet die Auffassung, die Gemeinschaft habe eigenständige, übergeordnete Interessen, die möglicherweise von den Interessen des Einzelnen abweichen und gegen dessen Willen durchgesetzt werden müssen. Als politisches System entspricht dem Kollektivprinzip der **Sozialismus** in seinen verschiedenen Ausprägungen, von denen der **Kommunismus** als extremste Form angesehen wird.

Die gesellschaftspolitische Grundentscheidung zwischen **Individualismus** und **Kollektivismus** bestimmt weitgehend auch alle anderen wesentlichen Elemente einer Wirtschaftsordnung.

Vergleichende Übersicht der Merkmale idealtypischer Wirtschaftsordnungen

Als gedankliche **Modelle** lassen sich die beiden idealtypischen Wirtschaftsordnungen **freie Marktwirtschaft** und **Zentralverwaltungswirtschaft** unterscheiden. Es handelt sich dabei nicht um in der Realität tatsächlich vorzufindende Wirtschaftsordnungen (Realtypen).

Merkmale der idealtypischen Wirtschaftsordnung im Vergleich		
Merkmale	Idealtypen	
Leitidee hinsichtlich der Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft	Freie Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
	Individualismus	Kollektivismus
aus der Leitidee entwickelte gesellschaftspolitische Auffassung	Liberalismus	Sozialismus

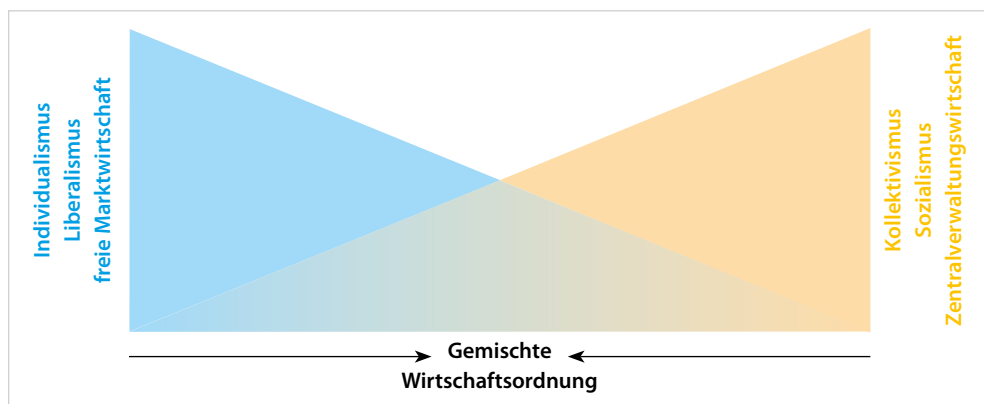
1 Individuum (lat.): der einzelne Mensch

2 Kollektiv (lat.): Gruppe, Gemeinschaft

3 liberal (lat.): freiheitlich

Merkmale der idealtypischen Wirtschaftsordnung im Vergleich		
Idealtypen	Freie Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
Merkmale		
Eigentumsordnung	Privateigentum an den Produktionsmitteln (Kapitalismus)	Gemeineigentum an den Produktionsmitteln (sozialistisches Eigentum)
Aufstellung und Koordination der Wirtschaftspläne (Lenkungsprinzip)	Einzelwirtschaftliche Planung durch die Unternehmen (Produktionspläne) und Haushalte (Konsumpläne) = dezentrale Planung, Lenkung und Steuerung des Wirtschaftsprozesses zur Abstimmung der Einzelpläne durch den Preismechanismus	Aufstellung eines zentralen Gesamtplans durch eine zentrale Planungsbehörde, Lenkung und Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch die Planungsbehörde
Rolle des Staates	Schutz der Freiheiten der Bürger durch Festsetzung und Überwachung eines Ordnungsrahmens	Uneingeschränkte wirtschaftliche und politische Macht des Staates
Staatsform	Demokratie	Diktatur

Die realen Wirtschaftsordnungen lassen sich nach dem Grad der Abweichung von den beiden Idealtypen unterscheiden. Sie liegen zwischen den beiden idealtypischen Extrem Polen. In der Realität sind die einzelnen Elemente der Wirtschaftsordnungen in unterschiedlicher Weise und Ausprägung miteinander gemischt.



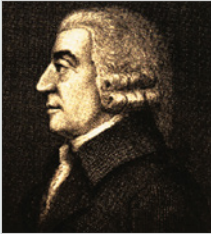
1.2.2 Grundlagen einer freien Marktwirtschaft

Die wesentlichen Merkmale einer Marktwirtschaft wurden erstmals von ADAM SMITH (1723–1790) systematisch untersucht und beschrieben.¹ Er gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre und Vorreiter marktwirtschaftlichen Denkens. Seinen Überlegungen liegt das Leitbild des **Individualismus** zugrunde. Die freie Entfaltung des Menschen ist daher das oberste Ziel. Entsprechend der zugehörigen Staats- und Gesell-

¹ A. Smith, Der Wohlstand der Nationen, Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, Übersetzung von H. C. Recktenwald auf der Basis der 5. Auflage von 1789, München 1996

schaftsauffassung des **Liberalismus** soll der Staat auf alle Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzichten und die Wirtschaftsentwicklung dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Nach der Auffassung von A. SMITH führt das egoistische Erwerbsstreben des Einzelnen, das wie eine „unsichtbare Hand“ wirkt, gleichzeitig zur Förderung des Gemeinwohls. Die Selbststeuerung der Wirtschaft wird als das geeignete Mittel angesehen, um den Reichtum einer Nation zu vergrößern und gleichzeitig eine sozial gerechte Güterverteilung herbeizuführen.

Adam Smith: Verhältnis von Eigennutz zu Gemeinnutz (S. 371)



Adam Smith (1723–1790)

„Der Einzelne ist stets darauf bedacht, herauszufinden, wo er sein Kapital, über das er verfügen kann, so vorteilhaft wie nur irgend möglich einsetzen kann. Und tatsächlich hat er dabei den eigenen Vorteil im Auge und nicht etwa den der Volkswirtschaft. Aber gerade das Streben nach seinem eigenen Vorteil ist es, das ihn ganz von selbst oder vielmehr notwendigerweise dazu führt, sein Kapital dort einzusetzen, wo es auch dem ganzen Land den größten Nutzen bringt. ... Und er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. ...“

Adam Smith: Aufgaben des Staates (S. 582 u. 601)

„Solange der Einzelne nicht die Gesetze verletzt, lässt man ihm völlige Freiheit, damit er das eigene Interesse auf seine Weise verfolgen kann und seinen Erwerbsfleiß und sein Kapital im Wettbewerb mit jedem anderen oder einem anderen Stand entwickeln oder einsetzen kann. ... Im System der natürlichen Freiheit hat der Souverän¹ lediglich drei Aufgaben zu erfüllen, ...“

Erstens die Pflicht, das Land gegen Gewalttätigkeit und Angriffe anderer unabhängiger Staaten zu schützen, zweitens die Aufgabe, jedes Mitglied der Gesellschaft so weit wie möglich vor Ungerechtigkeit oder Unterdrückung durch einen Mitbürger in Schutz zu nehmen oder ein zuverlässiges Justizwesen einzurichten, und drittens die Pflicht, bestimmte öffentliche Anstalten und Einrichtungen zu gründen und zu unterhalten, die ein einzelner oder eine kleine Gruppe aus eigenem Interesse nicht betreiben kann, weil der Gewinn ihre Kosten niemals decken könnte ...“

... Nur unter dem Schutz einer staatlichen Behörde kann der Besitzer eines wertvollen Vermögens ... auch nur eine einzige Nacht ruhig und sicher schlafen ... Wo es jedoch kein Privateigentum ... gibt, ... ist eine Behörde nicht so nötig.



Nach Auffassung der Vertreter des klassischen Wirtschaftsliberalismus wird das Gemeinwohl dann am besten gefördert, wenn sich die Menschen bei ihrem wirtschaftlichen Handeln an ihren eigenen Interessen orientieren und der Staat auf Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzichtet.

1.2.3 Funktionsweise einer Marktwirtschaft: Preisfunktionen

In jeder Wirtschaftsordnung müssen die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen und Haushalten geplant, koordiniert und kontrolliert werden. Außerdem sind Anreize nötig, damit die Entscheidungen der am Wirtschaftsleben Beteiligten unter Beachtung des ökonomischen Prinzips getroffen werden.

1 Souverän (franz.): Herrscher, Staat

! Jedes Wirtschaftssystem benötigt ein Planungs-, Koordinations-, Anreiz- und Kontrollsystem.

In einer Marktwirtschaft werden die Aufgaben dieser Funktionselemente mit Hilfe von Märkten, Preisen und Wettbewerb wie folgt gelöst:

Planungssystem	Koordinationsystem	Anreizsystem	Kontrollsystem
Dezentrale Planung durch Haushalte und Unternehmen	Abstimmung der Konsum- und Produktionspläne durch den Markt	Leistungsanreiz durch Einkommenschancen (Gewinn, Lohnerhöhung)	Leistungskontrolle durch Wettbewerb

Planungssystem: Dezentrale Planung

In einer freien Marktwirtschaft werden die Entscheidungen, welche Güter in welchem Umfang produziert und konsumiert werden sollen, von den Produzenten und Konsumenten eigenständig getroffen (= **dezentrale Planung**). Die Produktions- und Konsumentscheidungen der Wirtschaftseinheiten sind dabei abhängig von den Preisen auf den Güter- und Faktormärkten. Preiserhöhungen signalisieren, dass das Angebot für die vorliegende Nachfrage zu gering ist. Preissenkungen signalisieren, dass das Angebot für die vorliegende Nachfrage zu hoch ist. Der Preis dient als Knappheitsindikator (= **Signal- oder Informationsfunktion des Preises**).

Indem die Produzenten ihre Produktionsmenge an die veränderte Knappheitssituation auf den Gütermärkten anpassen, werden gleichzeitig die Produktionsfaktoren in die Bereiche gelenkt, in denen nach den Preisänderungen die größten Gewinne zu erwarten sind. Dadurch ist gewährleistet, dass die Produktionsfaktoren jeweils in ihrer produktivsten Verwendung eingesetzt werden (= **Lenkungs- oder Allokationsfunktion des Preises**).

Mit der Änderung von Produktionsmenge und Produktionsstruktur verändert sich auch der Bedarf an bestimmten Produktionsfaktoren. Das beeinflusst die Preisverhältnisse auf den Faktormärkten. Somit ziehen Preisänderungen auf Gütermärkten auch Preisänderungen auf Faktormärkten nach sich. Da die Preise auf den Faktormärkten die Einkommen für die Inhaber der Produktionsfaktoren darstellen, ergeben sich daraus auch Veränderungen für die Einkommens- und Vermögensverteilung (= **Verteilungsfunktion des Preises**). Auf der Nachfrageseite teilen die Preise das Angebot den Nachfragern zu, die bereit sind, den Marktpreis zu akzeptieren (= **Zuteilungsfunktion des Preises**).

Koordinationsystem: Abstimmung der Pläne durch den Preis

Es wäre reiner Zufall, wenn die einzelwirtschaftlichen Pläne der Produzenten und Konsumenten von vornherein so übereinstimmen würden, dass alle Produzenten zu den von ihnen geplanten Preisen ihre gesamte Produktion absetzen könnten und alle Konsumenten zu den von ihnen akzeptierten Preisen die erwartete Gütermenge erhalten würden. In Wirklichkeit müssen Produzenten und Konsumenten ihre Pläne laufend ändern. Möchten beispielsweise die Konsumenten zu einem bestimmten Preis weniger Güter kaufen als die Produzenten auf Grund ihrer Produktionspläne hergestellt haben, werden die Produzenten den Preis senken. Zu diesem niedrigeren Preis sind einige Konsumenten zusätzlich bereit, diese Güter – abweichend von ihrem ursprünglichen Konsumplan – zu kaufen. Eine

solche Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch die auf den Bedürfnissen der Konsumenten beruhenden Nachfrageentscheidungen wird als **Konsumentensouveränität**¹ bezeichnet.

Die **Wechselwirkungen** zwischen Angebot, Nachfrage und Preis, die eine **Koordination** der Wirtschaftspläne von Produzenten und Konsumenten herbeiführen, werden als **Preismechanismus** bezeichnet und stellen das **Steuerungsinstrument** einer Marktwirtschaft dar. Dieser Anpassungsprozess, der ständige Preis-, Produktions- und Nachfrageänderungen beinhaltet, setzt sich so lange fort, bis die Pläne der Produzenten und Konsumenten aufeinander abgestimmt sind (= **Planabstimmungs-** oder **Ausgleichsfunktion des Preises, Gleichgewichtspreis**).

Anreizsystem: Leistungsanreiz durch Gewinnstreben

Die Steuerung einer Marktwirtschaft durch einen sich frei am Markt bildenden Preis kann nur funktionieren, wenn die Anbieter miteinander in Wettbewerb stehen. Ein funktionierender Wettbewerb schafft bei den Produzenten Anreize zur Leistungsverbesserung und erzwingt Anpassungen an veränderte Konsumentenwünsche, da auf diese Weise die Gewinnerzielungsmöglichkeiten steigen. Für die Produzenten stellen Gewinne einen Leistungsanreiz dar, während Verluste einer Bestrafung für unwirtschaftliches Verhalten gleichkommen.

Produzenten und Konsumenten werden durch den Preis zu wirtschaftlichem Handeln und zur Berücksichtigung der Knappheitsverhältnisse auf den Güter- und Faktormärkten veranlasst (= **Anreizfunktion des Preises**).

Kontrollsystem: Leistungskontrolle durch Wettbewerb

Die dezentrale Planung der Wirtschaftseinheiten setzt Privateigentum an Konsum- und Produktionsgütern voraus. Mit privaten Eigentumsrechten geht aber die Gefahr einer wirtschaftlichen Machtkonzentration einher. Der Wettbewerb zwischen den Produzenten stellt diesbezüglich ein wirksames System zur Machtkontrolle dar. Bei funktionierendem Wettbewerb ist es ausgeschlossen, dass ein Produzent auf Dauer eine unangemessen hohe Marktmacht innehat, da die Mitbewerber seine Produkte und Produktionsverfahren nachahmen und den von ihm verlangten Preis unterbieten. Da sich in einer Wettbewerbswirtschaft Konsumenten und Produzenten bei der Suche nach eigenen Vorteilen ständig gegenseitig beobachten und überwachen, beinhaltet der Wettbewerb nicht nur einen Leistungsanreiz, sondern gleichzeitig auch eine wirksame Leistungskontrolle für wirtschaftliches Verhalten.

Über den Preis erzielen leistungsfähige Marktteilnehmer ein entsprechendes Einkommen und werden belohnt. Nichtleistungsfähige oder nichtleistungswillige Marktteilnehmer werden dagegen über den Preis mit einer Einkommensminderung bis hin zur Verdrängung vom Markt bestraft (= **Auslesefunktion des Preises**).

¹ souverän (*franz.*): selbstständig, unabhängig

Funktionen des Preises im Überblick

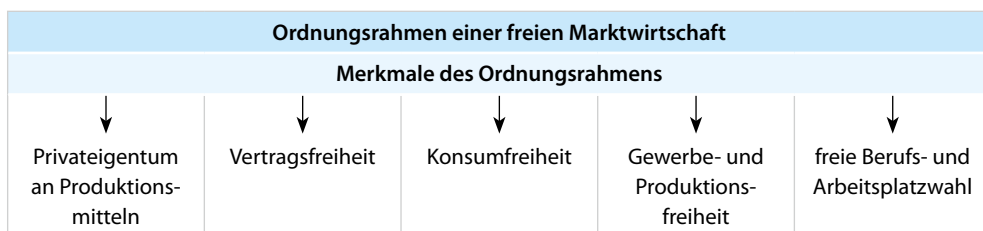
Aufg. 1.2
S. 28

Funktionen des Preises in einer freien Marktwirtschaft					
Signal-/Informationsfunktion	Lenkungs-/Allokationsfunktion	Ausgleichs-/Planabstimmungsfunktion	Verteilungs- und Zuteilungsfunktion	Anreizfunktion	Auslesefunktion
Der Preis informiert über die Knappheit eines Gutes (Knappheitsindikator).	Der Preis lenkt die Produktionsfaktoren in die Bereiche, in denen sie am produktivsten eingesetzt werden können.	Der Preis stimmt die Pläne von Unternehmen und Haushalten aufeinander ab und bringt Angebot und Nachfrage zum Ausgleich.	Veränderungen von Güter- und Faktorpreisen wirken sich auf die Einkommensverteilung aus. Über den Preis wird das Angebot den Nachfragern zugeteilt.	Der Preis bietet einen Anreiz, mit knappen Gütern sparsam umzugehen.	Der Preis sanktioniert leistungsunfähige Unternehmen und sorgt dafür, dass sie aus dem Markt ausscheiden.

! Wettbewerb ist die Voraussetzung für das Wirksamwerden des Preismechanismus und die Erfüllung der Preisfunktionen.

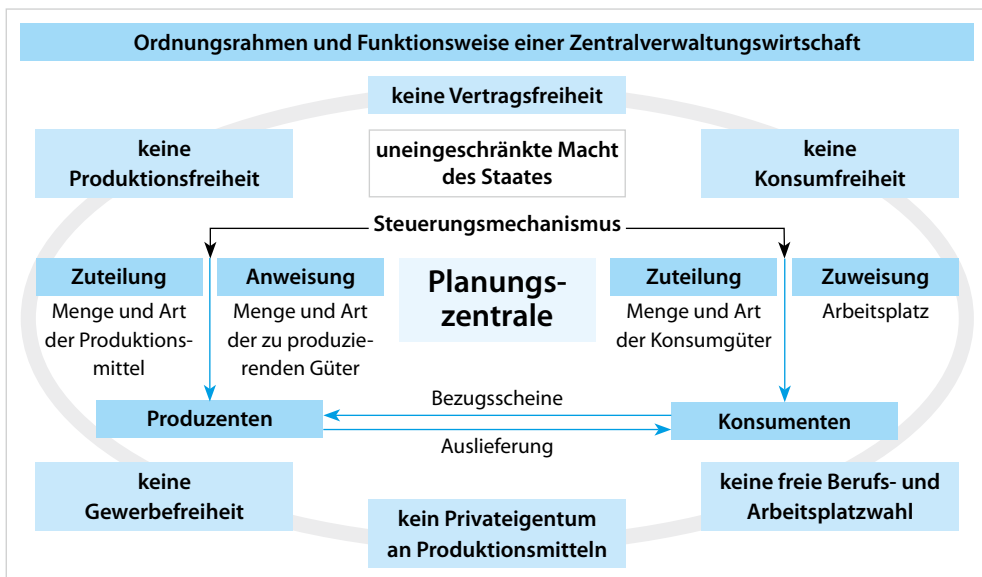
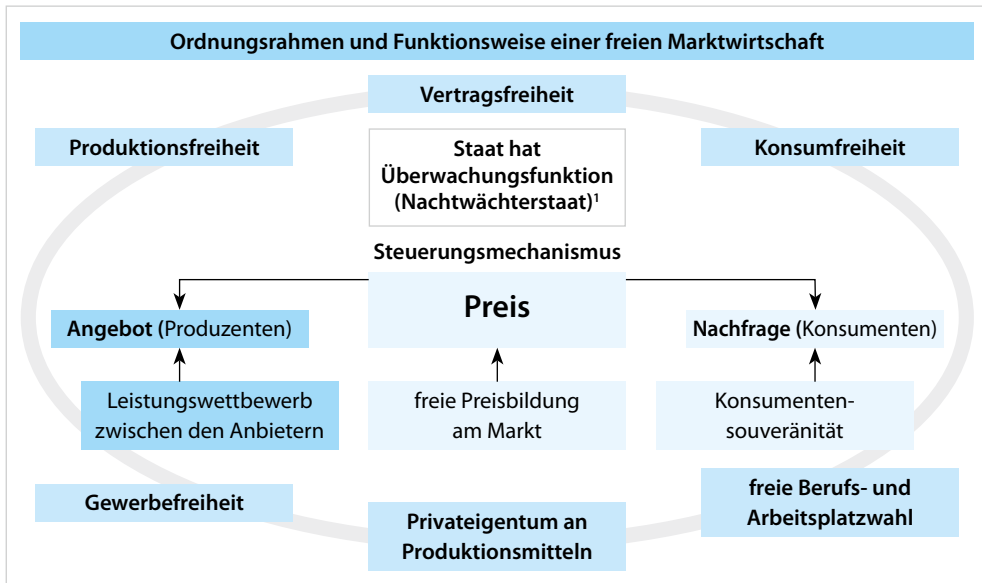
1.2.4 Ordnungsrahmen einer freien Marktwirtschaft

Voraussetzung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft ist ein Ordnungsrahmen, innerhalb dessen der Wirtschaftsprozess abläuft. Diesen Ordnungsrahmen legt der Staat fest. Er greift aber nicht direkt in das Wirtschaftsgeschehen ein.



- Das **Privateigentum an den Produktionsmitteln** (z. B. Maschinen, Transportmittel, Boden) ist Voraussetzung dafür, dass sich die Unternehmen bei der Aufstellung und Verwirklichung ihrer Produktionspläne frei entscheiden können.
- Die **Vertragsfreiheit** ermöglicht es den Wirtschaftssubjekten, beliebige Verträge abzuschließen und deren Inhalt selbst zu bestimmen (Vertragswirtschaft). Ohne Vertragsfreiheit kann es keinen freien Austausch von Sachgütern und Leistungen am Markt geben. Der Staat muss Rechtssicherheit garantieren, damit die Vertragspartner ihre Ansprüche notfalls mit staatlicher Hilfe (z. B. Gerichte, Polizei) durchsetzen können.
- Die **Konsumfreiheit** ermöglicht es jedem Konsumenten, selbst darüber zu entscheiden, wie er sein Einkommen verwenden und was er in welchem Umfang kaufen will. Entsprechend dem Prinzip der **Konsumentensouveränität** gehen die Impulse für wirtschaftliches Handeln vom Verbraucher aus, indem sich die Anbieter mit ihrer Produktion nach den Konsumentenwünschen richten.

- Die **Produktionsfreiheit** ermöglicht es jedem Produzenten, selbst darüber zu entscheiden, was und wie viel er produzieren will.
- Die **Gewerbefreiheit** ermöglicht es jedem Produzenten, ein beliebiges Gewerbe zu betreiben und sich am Markt frei zu betätigen. Staatliche Kontrollen und Zulassungsbeschränkungen sind damit nicht vereinbar. Marktzutrittsschranken würden zu einer Verringerung des Wettbewerbs führen und die Entstehung marktbeherrschender Unternehmen fördern. Die Gewerbefreiheit umfasst auch die freie **Wahl von Beruf und Arbeitsplatz**.



¹ Diese polemische Bezeichnung für die Rolle des Staates, sich auf den Schutz des Privateigentums zu beschränken, stammt von Ferdinand Lassalle (1825–1864). F. Lassalle war ein deutscher Politiker. Er gründete 1893 den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, die Vorläuferorganisation der SPD.

1.3 Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland: Soziale Marktwirtschaft

1.3.1 Abweichungen zwischen Modell und Realität marktwirtschaftlicher Ordnung

Das Modell der freien Marktwirtschaft beschreibt eine idealtypische Wirtschaftsordnung, die nur unter ganz bestimmten Bedingungen funktionsfähig ist. In der Realität kann eine rein marktwirtschaftliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses zwar zu effizienten und kostengünstigen Ergebnissen führen, die aber häufig nach heutigen Gerechtigkeitsvorstellungen unsozial sind.



! Alle in der Realität vorzufindenden marktwirtschaftlichen Ordnungen weichen vom Idealtyp der freien Marktwirtschaft mehr oder weniger stark ab. Einerseits sind die Modellvoraussetzungen in der Realität teilweise nicht gegeben, so dass die wirtschaftliche Entwicklung anders verläuft als im Modell angenommen. Andererseits führt die freie Marktwirtschaft in bestimmten Fällen zu Ergebnissen, die den heutigen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit widersprechen.

Im 19. Jahrhundert gab es insbesondere in England eine auf den Prinzipien des **Liberalismus** beruhende Wirtschaftsordnung. Die damit einhergehende Wirtschaftspolitik, die auch als **Laissez-faire-Liberalismus**¹ oder **Manchester-Liberalismus**² bezeichnet wird, war durch eine äußerst starke Zurückhaltung des Staates gekennzeichnet (Nachtwächterstaat). Eine ausschließlich an den Eigeninteressen der Menschen orientierte Wirtschaftsordnung, die nur durch den Marktmechanismus gelenkt wird, kann aber zu erheblichen Fehlentwicklungen führen. Der von A. SMITH in diesem Zusammenhang behauptete Wohlstand für die gesamte Gesellschaft tritt keineswegs in allen Fällen ein.

Aufg. 1.3
S. 29

Insbesondere folgende Mängel machen staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen einer Marktwirtschaft notwendig.

■ Unsoziale Einkommens- und Vermögensverteilung

Da die Voraussetzungen zur Einkommens- und Vermögenserzielung, nämlich Intelligenz, Leistungs- und Durchsetzungsfähigkeit, ererbtes Vermögen, Eigentum an Produktionsmitteln u. Ä. in der Realität ungleich verteilt sind, ist eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung die zwangsläufige Folge einer freien Marktwirtschaft. Es besteht die Tendenz, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden.

■ Soziale Missstände durch Versagen des Arbeitsmarktes

Statt des von Befürwortern der freien Marktwirtschaft behaupteten Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung können sich auf einem freien Arbeitsmarkt vielmehr Marktmacht der Arbeitgeber, starke Abhängigkeit der besitzlosen Arbeitnehmer und ein Lohnniveau unterhalb des Existenzminimums einstellen.

■ Einschränkung des Leistungswettbewerbs zwischen den Anbietern

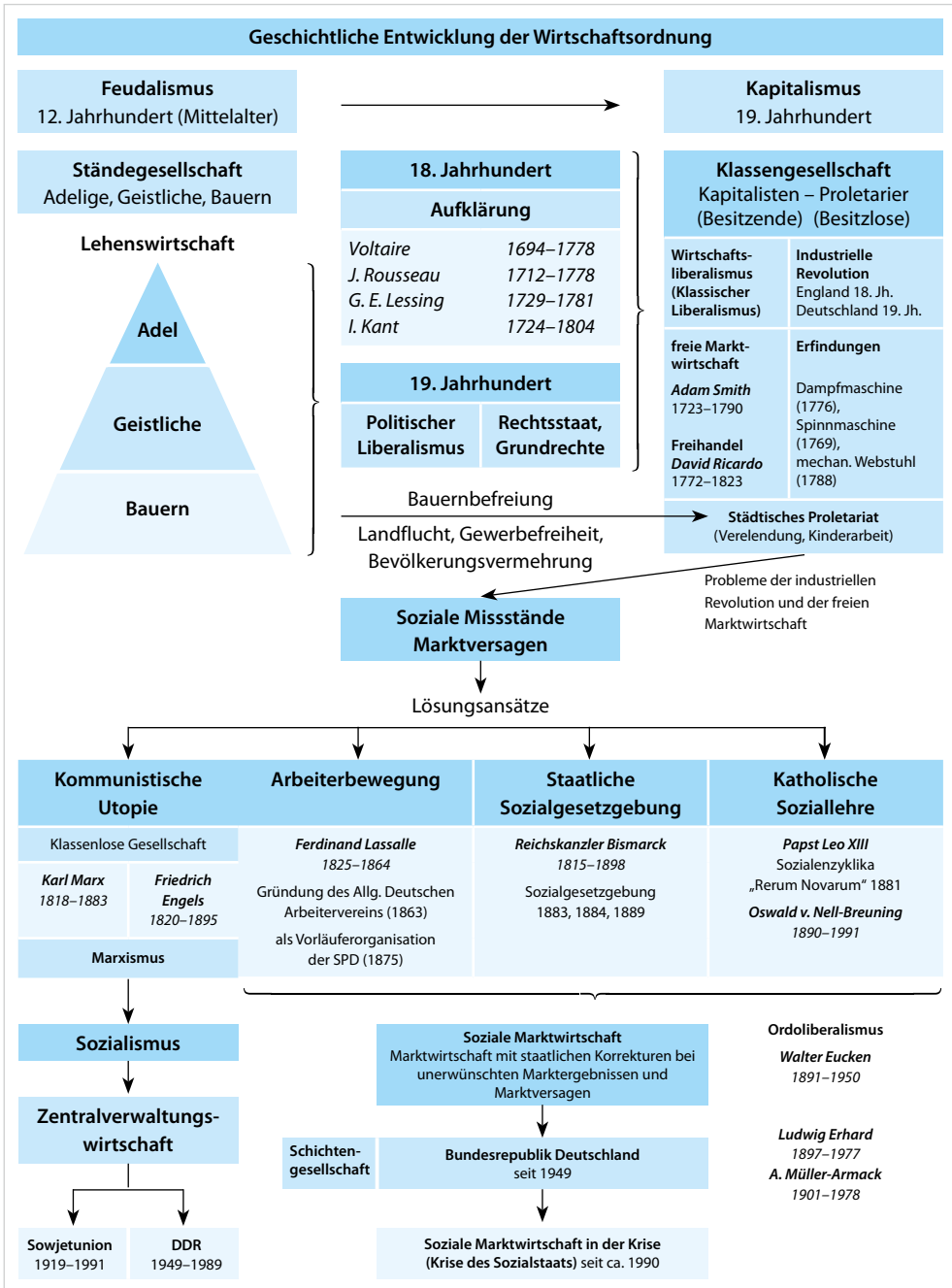
Durch die Ungleichheiten bei der Einkommens- und Vermögensverteilung entsteht Marktmacht, die dazu missbraucht werden kann, mögliche Konkurrenten vom Markt fern zu halten,

1 laissez faire, laissez passer (deutsch: lasst machen, lasst gehen). Im 17. Jh. in Frankreich als Motto für die Beseitigung hinderlicher Staatseingriffe in den Wirtschaftsablauf entstandene Redewendung.

2 Diese Bezeichnung geht auf die Forderung einiger Industrieller aus der englischen Stadt Manchester zurück, die jegliche Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen unterbinden wollten.

vorhandene Konkurrenten zu verdrängen und überhöhte Preise von den Konsumenten zu verlangen. Durch die Ausnutzung der Vertragsfreiheit zum Zweck von Absprachen zwischen Unternehmen zur Ausschaltung des Wettbewerbs können Kartelle und Monopole entstehen, die zu einer weiteren Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht führen. Wettbewerbsbeschränkungen machen den Preismechanismus als das entscheidende Koordinations-, Anreiz- und Kontrollsystem einer Marktwirtschaft funktionsunfähig.

Aufg. 1.4
S. 31



- **Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und Überbeanspruchung von Umweltgütern**
Ohne wirtschaftliche Einflussnahme des Staates kommt es in einer Marktwirtschaft zu einer Unterversorgung mit öffentlichen Gütern (z. B. Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungswesen), da solche Güter nicht oder nicht im erwünschten Umfang von privaten Anbietern über den Markt bereitgestellt werden. Auch bei der Nutzung von Umweltgütern liegt ein solches Marktversagen vor.
- **Wirtschaftskrisen**
Kritiker der freien Marktwirtschaft behaupten, dass ein rein marktwirtschaftliches System regelmäßig wiederkehrende Wirtschaftskrisen auslöst. Die in der Realität beobachtbaren Konjunkturschwankungen werden als Beleg dafür herangezogen, dass die von der klassischen Arbeitsmarkttheorie behauptete Tendenz zur Vollbeschäftigung ohne staatliche Eingriffe in Wirklichkeit nicht besteht. Von Befürwortern des marktwirtschaftlichen Systems wird dagegen behauptet, dass gerade die staatliche Einflussnahme auf den Wirtschaftsprozess die Wirtschaftsschwankungen erst hervorruft.

Exkurs: Kommunistische Utopie von KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS

Als Reaktion auf die im Zusammenhang mit der liberalen Wirtschaftspolitik und der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstandenen sozialen Missstände entwickelten KARL MARX (1818–1883) und sein Freund FRIEDRICH ENGELS (1820–1895) eine **sozialistische Gesellschaftstheorie**¹. Ihre Kritik richtete sich vor allem gegen die durch Privateigentum an Produktionsmitteln und freies Unternehmertum gekennzeichnete kapitalistische Produktionsweise. Dieses System war ihrer Meinung nach die Ursache für

- die Konzentration (Akkumulation) von immer mehr Produktionsmitteln (Kapital) in der Hand einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe (Bourgeoisie, Kapitalisten),
- die Einschränkung der Konkurrenz und die Entwicklung von Monopolen,
- die regelmäßig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen und
- die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter (Proletarier).

Nach den Vorstellungen von MARX und ENGELS sollten diese Probleme dadurch gelöst werden, dass das Privateigentum durch gesellschaftliches Eigentum und die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen durch eine dem Allgemeinwohl dienende staatliche Planung und Kontrolle ersetzt werden (**Zentralverwaltungswirtschaft**). Dem liegen die Norm- und Wertvorstellungen des **Kollektivismus** zugrunde, demzufolge nicht der einzelne Mensch, sondern die Gemeinschaft Bezugspunkt allen Handelns sein soll. Die von MARX und ENGELS entwickelte Utopie einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt sind, die soziale Gleichstellung der Menschen verwirklicht ist, „jeder nach seinen Fähigkeiten“ leistet und „jedem nach seinen Bedürfnissen“ zugeteilt wird, wird als **Kommunismus** bezeichnet.

Frage: „Welcher Art wird diese neue Gesellschaftsordnung sein müssen?“

Fr. Engels: „Sie wird vor allen Dingen den Betrieb der Industrie und aller Produktionszweige überhaupt aus den Händen einzelner, einander Konkurrenz machender Individuen nehmen und dafür alle diese Produktionszweige durch die ganze Gesellschaft, das heißt für gemeinschaftliche Rechnung, nach gemeinschaftlichem Plan und unter Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft betreiben lassen müssen. ... Das Privateigentum wird ... abgeschafft werden müssen und an seine Stelle wird die gemeinsame Benutzung aller Produktionsinstrumente und die Verteilung aller Produkte nach gemeinsamer Übereinkunft oder die so genannte Gütergemeinschaft stehen.“

Friedrich Engels, Grundzüge des Kommunismus, 1847 (Entwurf für das 1848 veröffentlichte Kommunistische Manifest), abgedruckt in der Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus Heft 4, Offenbach 1947, S. 22

¹ Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus, 39 Bände, Berlin (Ost), 1956 ff.